

# Wossifische Zeitung



Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen / Begründet 1704

Verlag Ullstein. Fernsprech-Zentrale Ullstein: Amt Dönhofs (A 7) 3600-3667, für den Fernverkehr Amt Dönhofs 3606-3698. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postcheck-Konto: Berlin 660. Wochensatz: Monatlich 4.30 Mark, bei Zustellung durch die Post dazu 72 Pfennig Bestellsatz

## Berlin

Verantwortlich für den Gesamthalt (außer dem Handelsteil) Dr. Carl Misch, Berlin. Anzeigen-Preise: Num.-Zelle 35 Pfennig. Familien-Anzeigen: mm-Zelle 20 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 6, Kochstraße 22-26

10 Pf. [Anw. 15 Pf.] Nr 580

MITTWOCH, 9. DEZEMBER 1931

ABEND-AUSGABE

## Erste politische Wirkung

### Der Eindruck des großen Programms

Eine Umfrage bei den führenden Persönlichkeiten der verschiedenen Parteien ergibt einen ungewöhnlich guten Eindruck der jüngsten Notverordnung der Reichsregierung und der Hauptintention des Kanzlers. Es fehlt nämlich nicht an kritischen Bemerkungen und Vorbehalten zu einzelnen Teilen der Verordnung. Aber das Gesamturteil geht fast durchweg dahin, daß die Regierung nicht nur einen moralischen Sieg errungen hat, sondern auch einen politischen Erfolg. Uneingeschränkt anerkannt wird die hohe geistige Leistung, die die Notverordnung darstellt.

Auch bei der Sozialdemokratie ist die Meinung jedenfalls nicht abnehmend. Die Kommunisten haben einen Vorstoß unternommen, um die Einberufung des Reichstages durchzusetzen, weil sie hoffen, daß der Inhalt der Notverordnung die Sozialdemokratie zwingen würde, die Politik der Isolierung aufzugeben. Das war vor dem Erscheinen der Verordnung. Heute darf man, ohne unvorsichtig zu sein, voraussetzen, daß die Sozialdemokraten, wenn in der kommenden Woche im Reichstatter die Frage gestellt wird, ob eine Parlamentarisation im Dezember gemüßigt wird, sich gegen eine vorzeitige Einberufung des Reichstages aussprechen werden. Es kommt nun freilich darauf an, wie der Plan in die Tat umgesetzt wird.

## Terminkalendar der Notverordnung

Mit der Durchführung der einzelnen Teile der Verordnung ergibt sich folgender Termin-Kalender:  
Mit sofortiger Wirkung, also schon heute, beginnt der politische Wehrparagrafen, gilt das allgemeine Infanterieverbot und das Recht der Bundesregierungen, Bestimmungen gegen den Waffenstillstand zu erlassen.

Ende dieser Woche beginnt der Tätigkeits des Preiskommissars, der zunächst für Getreide und Fleischverteilung, dann aber auch für Entlastung der Preise handwerklicher Leistungen, der Omas-, Malz- und Elektrizitätstarife, der Straßenbahn- und Kleinbahnverträge sorgen soll.

Am 16. Dezember Herabsetzung der Eisenbahntarife bei Normalgüter um 185 Millionen, bei Rosten um 85 Millionen.

## Dritter Alarm

Wie können nicht alle politisch sein. Auch in heutiger Zeit nicht. Wenn sich Leute mangelnder Eignung und Talent von der Politik fernhalten, so ist das sogar zu begrüßen. Sozialtanteie ist immer von Hebel. Durch diese Erklärung soll aber denen, die sich nicht gemüßigt mit Politik abgeben, nicht das Recht abgesprochen werden, an entscheidenden Fragen ihre Meinung zu sagen und an den „Professionals“ Kritik zu üben.

Die nachfolgenden Ausführungen, die kritisch sind, beschaffen sich aber nicht mit den Maßnahmen, oder nicht nur mit den Maßnahmen aktiver Politiker. Sie bedeuten vielmehr eine Vorwarnung der Kritik über die zu erwartenden Kritiken der letzten großen politischen Maßnahmen, der neuesten Notverordnung.

In dieser Notverordnung begrüßen wir die Tat. Die Tat, auf die uns die Regierung reichlich lange warten ließ. Die letzten in Achtung vor einem Wert, das in sich selbst von einem einseitigen Willen beherrscht ist sein selbst und als Ganzes genommen sich als geistige Schöpfung von Rang darstellt.

Das sollen und werden viele anerkennen. Daß die einzelnen Teile dieser Schöpfung manchen gegen den Strich gehen werden, ist ganz klar. Es versteht sich weiter, daß jedem die Kritik über die einzelnen Punkte vorbehalten bleibt.

Es fragt sich nur, in welcher Weise diese Kritik sich äußern wird. Wir wollen nicht, daß sich die Leute vorbringen, die bei jeder Gelegenheit immer nur flüchten, daß ihrer ungenannten Weltanschauung etwas zu Rede geschieht und die

bei Spezialgütern wie Holz, Getreide, Textilien um 30 Millionen, zugleich Senkung der Zölle auf den Binnenverkehr.

Am 19. Dezember Ergänzung künftiger befristeten 6000 Sarfverträge im Sinne einer Lohn- und Gehaltsentlastung von durchschnittlich 10 um Zeit 16 u. S. ab 1. Januar.

Am 1. Januar Entlastung der Preise für Eisen und Metallwaren, Baustoffe, Glas, Textilartikel, Rohlen und Wollwaren um 10 u. S.

Am 1. Januar Herabsetzung der Beamtengehälter um 6 u. S., der Löhne für Staatsarbeiter und Staatsangestellte um 10 u. S.

Am 1. Januar Entlastung der Mieten für 13 1/2 Millionen Wohnungen um 10 u. S.

Am 1. Januar Entlastung aller Zinsen für feherzinsliche Wertpapiere und Hypotheken, soweit sie über 6 u. S. liegen, auf 6 u. S., soweit sie über 12 u. S. liegen, auf 9 u. S., zugleich der Beginn einer zweijährigen Rindungsperiode für solche langfristigen Anleihen und Hypotheken.

Am 1. Januar Erhöhung der Umsatzsteuer auf 2 Prozent. Zugleich Herabsetzung der Steuerzuschläge, die bei verpächter Zahlung oder Einzahlung erhoben werden, auf 12 Prozent (früher 120 Prozent) bzw. 5 Prozent jährlich. Inkrafttreten der Reichsfluchtsteuer für Personen mit mehr als 200000 Mark Vermögen, die seit dem März d. J. ihren Wohnsitz ins Ausland verlegt haben oder ihre wirtsch. Betriebe fortzuführen. Diese Reichsfluchtsteuer erfolgt ein Viertel des in Deutschland liegenden Kapitals.

Am Laufe des Januar Entlastung der Neubauten entsprechend der Entlastung, die der Hausbesitzer durch die Ermäßigung seiner Hypothekenzinsen erhält. Dabei wird mit einer durchschnittlichen Prozentsatz der Mietsenkung gerechnet.

Am 1. Januar Reform in der Kranken- und Unfallversicherung durch Inkrafttreten eines allgemein gültigen Vergütungs- und Fortfall der kleinen Renten.

Am 5. Januar Rindungsantritt für Mieten, die sich bis zum 31. März von einer überhöhten Miete befreien wollen.

Am Laufe des Januar Beginn der Schlichtungsverbände in allen Fällen, in denen durch die Lohnkämpfe besondere Härten entstanden sind.

Am 30. März Inkraftsetzung künftiger Lohn- und Gehaltsentlastung, die durch die Notverordnung um 10 oder 15 Prozent geht und die nicht von dem Schlichter ausdrücklich über diesen Termin hinaus verlängert werden.

nicht sehen als diese. Man fürchtet sich ein bißchen vor den heranziehenden Kritiken, die vor Gittern und Beben, es könnte ihrer Weltanschauung ein Leid geschehen, sich ängstlich der Wirkung, die ein Wert als Ganzes sogar auf sie auszuüben vermag, zu entsinnen trachten, nur um mit ihren Vorbehalten gegen einzelne Punkte ja nicht zu spät zu kommen und laut genug gehört zu werden.

Nachmal: alle Vorbehalte sind notwendig. Aber sie müssen so vorgebracht werden, daß sie die gute Wirkung des Ganzen nicht gefährden und die Achtung nicht vermissen lassen, die man dem Ganzen schuldig ist.

Wenn ein Haus in Brand steht, so ruft man Alarm und nicht den Feuerweh. Sogar der wassercheueste Mensch tut das. Es ist noch feiner bedacht worden, der sich während der Arbeit der Feuerweh aus schließlich mit dem Gedanken der Vermeidung der Hitze, daß hier in das Feuer sich ergebenden Gefahrenlagen sich eigentlich schwer mit feiner wassercheuesten Brandschätzung vertragen.

## Preiskommissar Goerdeler

Dr. Carl Goerdeler, der von der Reichsregierung ausserordentlich die schwierigste Aufgabe der Preisentlastung als Reichskommissar durchzuführen, bringt für sein Amt eine ausgezeichnete Vorbildung und eine gute Sachkenntnis mit. Aus seiner Tätigkeit in Königsberg und Leipzig kennt man ihn als besonders befähigten Verwaltungsbeamten und Wirtschaftskennner, der sich während des Kommunalen Reichsarbeitgeber-Verbandes hat er oft Verdienste für wirtschaftliche und soziale Notwendigkeiten bewiesen. Er gehört seit längerer Zeit dem Vorstand des Deutschen Städtebundes an.

## Brünnings Bierte

Von  
CARL MISCH

Als vor zwanzig Monaten der junge Dr. Brüning dem Ruf des Reichspräsidenten folgte und das Kanzleramt übernahm — er hat gehen in seiner Hauptaufgabe haben erinner — dann hätte er wohl hell aufgeleuchtet, wenn jemand ihm vorausgesagt hätte, er werde ein feiner Mann unter ein Dokument legen, was es heute wertende Bierte Notverordnung darstellt. Ganz andere Dinge (wenn man dem Kanzler vor. Unrecht läte ihm deshalb, weil vermalt, Brüning lege in feiner Bierten ein wirtschaftliches Bekenntnis ab. Und Unrecht läte dem Gelehrten, wer es als eine Selbstschätzung betrachtet. Es ist eine 90-er Generation, aus der Rot geboren. Von der Weimarer Verfassung hat man gesagt, sie stelle ein Stöckchen dar, welches das deutsche Volk sich für seinen Staat im Sturm gemietet hat. Nun, diese Notverordnung ist das Stöckchen für Wirtschaft und Volk, in dem Staat dieses Jahres 1931, der an Schmerz dem von 1918/19 bestimmt nicht nachgibt.

Seit Monaten hat die Regierung ein umfassendes Wirtschaftsprogramm verprochen. Immer wieder blieb es bei dem Versprechen. Die Notverordnungen waren stillend, jedoch für den Tag. Mit Recht ist daran heute Kritik geübt worden, auch in diesen Spalten. Die Berichtigung war erklärlich, denn die Grundlagen für jede Planung werden häufig neu erschaffen, aber die Berichtigung war schmerzhaft, und sie war politisch unheilvoll. Denn das Volk in seiner Not hat sich ohne Führung, glaubte sich von der vorfassungsgemäßen Staatsleitung preisgegeben. Die Notverordnungen verordneten nur neue Not, nahmen nur, und gaben nichts. Daran unterfordert sich diese Bierte wesentlich. Sie stellt einen Versuch dar, die Wirtschaft von Staats wegen zu manipulieren. Ein glanzvoller Entwurf, dessen Durchführung in der Praxis ein Experiment ohne Vorgang in der Weltgeschichte bedeutet.

Niemand geht diesen Weg mit Freude. Der Reichskanzler hat in seiner Hauptintention mit überzeugender Einbringlichkeit gefolgt, wie sehr er den Weg der internationalen Solidarität vorzieht und wie hart er nach wie vor diesen Weg zu erreichen strebt. Aber überall auf dem Gebirge und schließlich die Welt wirtschaftlich ab, erziehen — hohe Plauer und, allen Befähigten internationaler Konferenzen zum Trost, bricht ein neuer Merkantilismus über uns herein. Der Merkantilismus war die Epoche der staatlich manipulierten Wirtschaft. Das England, dasjenige Land, welches den Merkantilismus am gründlichsten abgeworfen und der Wirtschaftsfreiheit am vorbestigtesten sich hingab, geht zu Schanden und. Wie aber soll denn Deutschland sich einfallen? Das 20. September 1931, als die Bank von England die Goldinjectionspflicht ihrer Pfund Sterling aufhob, bedeutet den Epochen-Einschnitt, von dem aus eine neue europäische Ära rechnen wird. Es war alsobald klar, daß kein Land der Erde dann unberührt bleiben konnte. Man müßte sich entsprechend einstellen, und die Frage war nur: wie einstellen? Sehr reich wurde in Deutschland die Idee populär, es den Engländern nachzumachen und die Reichsregierung dem Pfund anzuhängen. Allen, auf die sehr feigen Leute propagierten Devaluationsgeheimnissen ist die Aufgabe erteilt worden, und der Reichskanzler hat auch das in seiner Hauptintention unterrichten, als er sagte, er lehne es ab, durch eine solche Maßnahme Deutschland in Abhängigkeit von Entschädigungen Fremder zu bringen. Die Reichsregierung wird unanzweifelbar erziehen. Wie aber soll denn Deutschland sich einfallen? Die Regierung hat den Weg gewählt, den inneren Wert der Mark zu steigern. Das gesamte Lohn- und Preisgebäude soll „abgeholt“ werden. Dem politischen Lohn, den wir seit Jahren haben, folgt, als eine Konsequenz, die sich voraussehen ließ, der politische Preis.

Damit kann es sein Bewenden nicht haben. Denn die Weltwirtschaft der wirtschaftlichen Beziehungen erschöpft sich nicht in Preisen und Löhnen. Es ist sich die Regierung darauf hingewiesen, in ihrem Wirtschaftsprogramm auch an die Zinsen zu gehen. Auf diesem Gebiet konnte es nicht ohne besondere Härten und Ingedrängtheiten abgehen. Das Ausland mußte von der Zwangsamortisierung verschont bleiben. Das muß ein Zinssparen sein, hier nachzulösen und auszubehalten. Ein Härten im Inland muß gemindert werden, was irgend sich mildern läßt, und dem Ausland gegenüber muß unter Hinweis auf die Entzerrung der Währungsformen verhandelt werden, zu einer Zinssparvereinbarung zu gelangen.

Überhaupt müe es verheißt, anzunehmen, mit der Durchführung des großen Wirtschaftsprogramms in der Bierten könnte es sein Bewenden haben. Die Aufgabe beginnt erst

# Welt-Beitrag für Brüning

## Das Auslandsecho der Notverordnung

nach dieser Verkündung. Die Vierte Notverordnung ist ein höchst wichtiges, weitestgehendes Gesetz, das mit Recht, aber nicht nur, weil sie eine Entschloßene, einheitliche Politik in eine neue Entwicklung ein. Wir haben Grund zu der Annahme, daß der Reichsminister und der Reichsminister sich beiseite voll bewußt sind. Lange genug hat sich der Reichsfinanzminister gegen jede neue Entzweiung der Beamtengehälter gemehrt, auch als die süddeutschen Länder auf eigene Faust damit vorgehen. Erst die Entzweiung des Reichsfinanzministeriums hat aus Erziehung und große Verwirrung ist es, daß er die gleichzeitige Durchführung der Preisveränderung zur unerlässlichen Bedingung machte. Irigens bedauerlicher als in dieser Motivation zeigt sich, daß die Notverordnung die Antwort auf Englands Hundwörterung ist. Was in England mit einem Mittel liberaler Wirtschaftsförderung in Angriff genommen wurde, und was doch auch dort alsbald zu merkantilistischen Neuerungen führte, das wird in Deutschland planlos auf ermerntlichstem Wege versucht.

Es ist nicht sehr angenehm, Experimentierfeld zu sein. Deutschland ist Experimentierfeld. Aber es besteht ihm keine Wahl. Es gibt nur zwei Wege: völlige Entfesselung aller Kräfte, Freigabe der Wirtschaft, mit dem Ziele, durch die Hervorbringung dieses Wirtschaftswachstums die Welt zu bringen. Was ist der andere Weg, der liberalistische Weg? Das ist zu sehen, während die aus Erziehung und große Verwirrung liberalen Länder ihr verlassenes, nur ein Experiment, das nicht minder gewagt ist als die nun unternommene Versuch, den zweiten Weg zu gehen, dem merkantilistischen. Da man sich für diesen Weg entschieden hat, bleibt nichts übrig, als alle abweichende Meinung zurückzuführen und die dem großen Wagnis eine Chance zu geben.

Wichtig ist nämlich das Unternehmen, so sind die zu erwartenden Widerwirkungen wirtschaftlich und politisch vielseitig verschiedenartig. Wichtigste Rolle ist in nicht nur ein Wirtschaftspragmatikum, sie ist auch ein politisches Instrument. Um der notwendigen politischen Einwirkung willen haben wir, unfern Ton ständig einbringender geltend und unter Maßnahmen immer verändernd, die Regierung zur Tat aufgerufen. Jetzt endlich beginnt sie zu handeln. Die Maßnahmen, die die Vierte Notverordnung bringt, lassen im ganzen Deutschen Reich wohl keinen Staatler, der sich nicht über diese Maßnahmen freuen, denn diese Notverordnung nicht nur irgendeine Entscheidung stellen und dem sie nicht irgendeine Opfer zumute. Aber zum erstenmal haben wir hier eine Notverordnung vor uns, die nicht nur nimmt, sondern auch gibt, und die den Staatsbürger als Privatperson in die Lage bringt, zu wählen, welchen Gebrauch er von den Rechten machen will, die er jetzt erhält. Ist das nicht ein höchst bemerkenswertes Ereignis, das die Notverordnung macht? Soll er die Hauswirtschaft ablassen? Soll er verstärkten Schuldenzinsen begehren? Lieber Herr und Unwert dieser Möglichkeiten ist das Urteil zurückgestellt, aber es sind doch Möglichkeiten. Die Regierung hat zum Volk geredet und sie wendet sich zum Volk. Es muß sich zeigen, ob das Volk mitgeht. Deshalb ist die Notverordnung in engster Zusammenarbeit zu bringen mit der Rundfunk- und Zeitungswelt. Die Vierte Notverordnung. Seine strenge Zeit bringt nur langsam durch zum Herzen der Menschen, aber es könnte sein, daß er gekostet diesen Herzen ein Bedeutendes nähergekommen ist. Brüning hat die das deutsche Volk seinen Vorfürs erlangen soll. Keine leichte Zustimmung, die er dem Volke stellt. Möge das Volk ihn nicht enttäuschen.

Die politische Wirkung der Notverordnung bleibt abzuwarten. Unendlich viel hängt von der praktischen Durchführung ab. Es handelt sich um Preisveränderungen. Die Notverordnung liegt und liegt zwischen „Craico“ und „Beethoven“. Auch bei Brüning ist sie in „Dur“, aber die „Craico“ haben wir noch nicht hinter uns, und bis zur „Beethoven“ ist's noch weit.

## Kein Patieren mit Hitler

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

MÜNSTER, 9. DEZEMBER

Zu der gleichen Zeit, als der Reichsminister Dr. Brüning seine Hundwörterung hielt, sprach Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald in Münster über die neue Notverordnung. Es sollte eine Zentrumsernennung werden, aber der Saal war zum großen Teil von Nationalsozialisten und Kommunisten gefüllt, die durch Anwesenheit des Reichsarbeitsministers am Sprechen verhindert wollten. Wie Dr. Brüning ist auch Stegerwald sehr offensichtlich gegen die Nationalsozialisten vorgegangen. Eine Erweiterung der Regierungsbefugnisse ist gegenwärtig weder nach rechts noch nach links möglich.

Zwischen Zentrum und Nationalsozialisten sei kein Patieren möglich, noch weniger ein gemeinsames politisches Programm. Das Zentrum werde sich unter keinen Umständen auf innerparteiliche Experimente einlassen. Die Regierung deute nicht an einen Rücktritt. Sollte es hart auf hart gehen, dann ließe sie sich, doch sie sich auf Reichswehr und Polizei stellen könne, die sie jetzt in der Hand habe. Die Regierung werde nötigenfalls auch mit dem Belagerungszustand vorgehen. Damit sollen alle Kombinationen über Koalitionsverhandlungen zwischen Zentrum und Nationalsozialisten fort.

## Verhöhung des Uniformverbots

WUPPERTAL, 9. DEZEMBER

Im Laufe des Dienstag zeigen sich an verschiedenen Stellen der Stadt Nationalsozialisten, einige in kleinen Trupps in weißer Uniform mit dem offenkundigen Wink, sich prozessualisch über die Verordnung des Oberpräsidenten hinwegzusetzen. Am gehen wurden rund 100 uniformierte Nationalsozialisten zusammengestellt.

Die Hundwörterung des Reichsministers und die Notverordnung haben in allen ausländischen Hauptstädten das größte Echo gefunden. Ganz allgemein kann man sagen, daß die entschlossene Initiative der deutschen Regierung warm begrüßt wird. Im Vordergrund des Interesses steht die Erklärung Brüning, daß der Kampf gegen den Nationalsozialismus jetzt mit Entschlossenheit geführt werden soll. In allen Ländern wird erkannt, daß sich die deutsche Regierung in einem schmerzlichen Augenblick der deutschen Geschichte zu einer Tat von weltweiter wirtschaftlicher, aber auch außenpolitischer Bedeutung aufgerafft habe. Kein Zweifel kann daran bestehen, daß die Rede des Reichsministers im Hundwörterung die internationale Stellung Deutschlands und das Vertrauen in die entschlossene Kraft seiner Regierung wesentlich gefördert hat.

## Der Kampf um die Seele Deutschlands

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

LONDON, 9. DEZEMBER

Brünings Preisgeleitete an die Nationalsozialisten hat in der englischen Presse als Genation gemittelt. Wie Zeitungen bringen auf der ersten Seite ausführliche Telegramme ihrer Berliner Korrespondenten, doch konnten bisher nur zwei Blätter die erst in späterer Abhandlung eingetroffenen Telegramme in Zeitungsform befehlen. „News Chronicle“ übertrifft seinen Artikel „Der Kampf um die Seele Deutschlands“, „Daily Express“, „Daily Mail“ und „Daily Telegraph“, „Daily Telegraph“, „Genie Warnung an Hitler“. Der Berliner Korrespondent der „Daily Mail“ schreibt seinem Blatt: „Deutschland hat einen Diktator. Seine Verordnungen greifen in das Leben jedes einzelnen deutschen Bürgers ein. Sie zeigen, daß der Reichsminister nicht zögert, harte Anordnungen zu treffen, wenn es um das Wohl der Nation geht.“

Am ausführlichsten äußert sich die liberale „News Chronicle“, „Nur das Ausland dürfte anerkennen, was ein Staat verliert durch die in so weitgehendem Maße in das Leben seiner Bürger und in die Wirtschaft eingegriffen. Dr. Brüning kann mit Recht sagen, daß er seine letzten Reserven in den Kampf wirft. Er muß diesen Feldzug in jedem Falle gewinnen, er muß bestehen, daß er der wirtschaftlichen Armee, die sich hinter der Gestalt Hitlers zusammenfüßt, gewachsen ist, und zwar nicht nur vorübergehend, sondern dauernd. Aber im Grunde ist es gar nicht Herr Hitler, mit dem Dr. Brüning fertig werden muß, sondern die Verengung. Sie ist der Realisationsorgan der Marionetten-Verse des Herrn Hitler.“

Frankreich will nicht zögern — und nicht ganz ohne Grund — eine dauernde Vereinarbeitung mit einer Regierung abzu schließen, die nicht den Eindruck macht, Ser in eigenen Hause zu sein. Wenn auch nur der Schatten der Fiktion wäre des Herrn Hitler sichtbar, ist es ein völliger Fehlschlag möglich. Die nächsten zehn Tage sind entscheidend. Dr. Brüning wird ganz ohne Zweifel mit gewöhnlicher Geduld und Selbstbeherrschung seine Pflicht tun. An seine Zahlensucht ist es, dem leuchtendsten Beispiel zu folgen, das er ihnen in diesen Monaten unerschütterlicher Spannung und Not gegeben hat.“

## Warnung an Hitler

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

PARIS, 9. DEZEMBER

In großer Staatlichkeit werden überall jene Sätze aus der Rede des Reichsministers überliefert, in denen er seine Entschlossenheit betont, seine nationalsozialistische Beherrschung zu dulden. Überall finden die entscheidenden Worte des Reichsministers Zustimmung. Es ist ganz offensichtlich, daß die französische Öffentlichkeit schon seit Tagen eine Regierungserklärung gegen die Hundwörterung der Hitler-Partei erwartet hat. Der „Matin“ betont, daß die Hundwörterung Brüning überaus eindringlich gewesen ist. Als unparteilicher Beobachter müsse man sich aber fragen, ob diese Erklärung nicht schon zu spät gekommen ist, um die nationalsozialistische Gefahr zu brechen. Sehr optimistisch äußert sich der „Recht“ Paris, der die Lage in Deutschland sehr klarhelt. Für die nächste Zeit ist eine Regierungserklärung in Deutschland nicht zu erwarten.

Als einzige kritische Stimme läßt sich der sozialistische „Appel“ vernehmen: Bedeutung sei, was der Reichsminister nicht gesagt habe. Er habe beispielsweise eine legale Zusammenarbeit zwischen dem Zentrum und den Nazis keineswegs abgelehnt. Symbolisch sei, daß im Reichstag die Beschlüsse der Zentrumskommission für den nationalen Präsidenten gefasst habe. „Appel“ will aus den Worten Brüning eine Einladung an die letzten Kräfte der Hitler-Partei herauslesen können.

Mit dem Inhalt der neuen Notverordnung befaßt sich die Pariser Presse nur wenig. Nur das „Journal“ kann sich die kleine kritische Bemerkung nicht verneinen, daß die neue Verordnung mit ihren Anordnungen eine neue Verengung der Unterthanen unter die Polizeiwirtschaft und eine Verschärfung der Güterbeschränkung herbeiführen könnte. Die Regierung habe jedenfalls der Bankrotterstellung, der Industrie und den Kommunen mit einem einzigen Fehrschritt ein förmliches Geschenk gemacht.

Wichtig ist die neue Notverordnung erscheint den Pariser Kritikern die erneute Verengung des deutschen Delegierten im Saalparlamenten in Basel, daß Deutschland unbedingte an der Goldwährung festhalten werde. Unter dem Eindruck dieser für Frankreich sehr angenehmen und beruhigenden Versicherung verzogen die meisten Blätter sogar den schon tradi-

tional gewordenen Prozet gegen, daß die Saalparlamenten nicht, die der „Figaro“ bemerkt, vollkommen außerhalb des Rahmens des Young-Planes bewegen und sich nur mit den verbotenen Ritztreiben betätigen.

## Der letzte Schuß

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

NEW YORK, 9. DEZEMBER

Die amerikanische Presse ist ausgeregt über die Hoover-Notverordnung befaßt, daß die Berliner Meldungen über die Notverordnung und Reichsminister-Rede vor der Hand ohne Kommentar wiedergegeben werden. Nur die Berliner Korrespondenten der großen Zeitungen geben in ihren Redaktionen eine eingehendere „New York Times“ begriffen die Entscheidung, mit der Brüning sich gegen die Reichsminister des Fiskus auflehnt, bemängeln aber, daß der Reichsminister mit einseitiger Klarheit auch einen letzten Schritt der Nationalsozialisten in die Regierung abgelehnt habe. „Secord Tribune“ nennt die Notverordnung den letzten Schuß Brüning in der Vorbereitung ihrer politischen Position. Auch dieses Blatt begrüßt die Eingriffe der Notverordnung in das Wirtschaftswesen mit den radikalsten Maßnahmen Semper-Bluglans.

## Tiefer Eindruck in Wien

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

WIEN, 9. DEZEMBER

Notverordnung und Hundwörterung des Reichsministers haben in Wien den tiefsten Eindruck gemacht und werden als letzter wirtschaftlicher Stellungnahme Deutschlands gewürdigt. Die „Neue Freie Presse“ spricht von einer heldenmütigen Weisheit. „Wie immer auch der Ausgang sein mag, und wie immer man sich zu den Einzelheiten stellen möge, muß man die größte Hochachtung empfinden und höchste Bewunderung für den Mann, der dieses Wagnis übernimmt.“

Das „Neue Wiener Tagblatt“ stellt die Ereignisse in Deutschland in Zusammenhang mit der Kongresspolitik Hoover und der Zielsetzung der französischen Regierung. Wie die Auslassungen seien für darüber einig, daß der Reichsminister in Deutschland liege. Schärfe Kritik an der Notverordnung ist die „Arbeiterzeitung“. Die Reichsregierung unternehme den Versuch, alle wirtschaftlichen Erfolge mit einem Fehrschritt neu zu regeln.

## Der Wendepunkt

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

PRAG, 9. DEZEMBER

Die Reichsminister-Rede hat hier, wo man unter dem Eindruck der nationalsozialistischen Äußerungen schon an den Führeraktivismus Brüning zu zweifeln beginnt, einen ausgesprochenen Eindruck gemacht. Die offizielle „Prager Presse“ spricht von einem entscheidenden Wendepunkt der Nachkriegsgeschichte Deutschlands. Brüning habe eine Abkehrung mit den Hitler-Feinden gehalten, wie sie sich der radikalste Republikaner nicht energischer wünschen könnte. Die außenpolitischen Ambitionen Hitlers habe Brüning mit einer energiegelben Handbewegung abgelenkt.

## Polen horcht auf

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

Warschau, 9. DEZEMBER

Die politische Öffentlichkeit, in der man in der letzten Zeit bereits mit der Wiederübernahme Hitlers gerechnet hatte, ist von der gestrigen Rede des Reichsministers und der neuen Notverordnung überaus fesselt. Beide haben den tiefsten Eindruck gemacht und man verfolgt jetzt die weitere Entwicklung in Deutschland mit großer Spannung. Die vorliegenden Prophezeiungen über einen Zusammenbruch der Regierung Brüning sind offenbar von der gesamten politischen Presse widerlegt. Nur in einzelnen Blättern wird die nationalsozialistische Gefahr noch weiter an die Wand gemalt, die dazu geeignet habe, Wostau seinen westlichen Nachbar gegenüber entgegenkommender zu finden und die russisch-polnisch-französische Annäherung wesentlich erleichtert habe.

## Das Thema von Basel

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

BASEL, 9. DEZEMBER

Die heutige Sitzung des Sonderausschusses der V. V. S. ist um 11 Uhr begann, fand unter dem besten Eindruck, den die heutige Notverordnung hier hervorgerufen hat, die Organen lebhafter unzufriedener Besprechungen zwischen den Delegierten entgegen. Dr. Reichler war bereits gestern in der Lage, dem Ausbruch die Grundzüge der Verordnung mitzuteilen auf Grund von Informationen, die er von Staatssekretär Schaefer vom Reichsfinanzministerium erhalten hatte, der zu diesem Zweck nach Basel geehrt war.

Wenn man sich auch bei der Beurteilung der Verordnung noch Zurückhaltung auferlegt, solange der Wortlaut nicht vollständig vorliegt, so wird doch die Verengung als Gesamt ein energiegelber Willen der Reichsregierung und äußerster Kraftentzückung Deutschlands begrüßt, allerdings die Einseitigkeit vielfach scharf kritisiert.

# Der erste starke Eindruck Vertrauensfrage um Trocadero-Standal

Laval bedauert die unglückselige Initiative

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

PARIS, 9. DEZEMBER

In der französischen Kammer kam es gestern abend nach einer Debatte über die Erhöhung der Importgebühren zu einer heftigen Diskussion über die standstillen Vorgänge bei dem Abbruchstreich um „Trocadero“, die durch eine Interpellation des radikalen Abgeordneten Degris eingeleitet wurde. Die ägerten Worte des Redneren, zu denen sich Ministerpräsident Laval unter heftigen Angriffen der Linken schließlich bereitwillig, konnten die Interpellationen nicht befriedigen. Schließlich verlangte Laval die Abweisung der radikalen Interpellation und der Tagesordnung und stellte die Vertrauensfrage. Die Kammer nahm den Antrag des Ministerpräsidenten mit 324 gegen 260 Stimmen an. Dagegen stimmten 107 Radikale und 110 Sozialisten sowie mit ihnen die linksstehenden Splitterparteien wie einmütig für die Kommuniquen.

Der Haupt-Interpellant über die Trocadero-Vorgänge, der radikalste Abgeordnete Dupuis, wies auf den Eindruck hin, den die Vorfälle im Ausland erzeugt haben und auf die Art, wie sie in der ausländischen Presse ausgebeutet worden seien. Sie seien sogar das Thema für einen deutschen Propagandafilm geworden, der gegen Frankreich gerichtet sei.

Im Laufe der Diskussion ergreifend Herriot das Wort, der den Vorwurf in der Trocadero-Berufung gestiftet hat. Herriot

fragte, warum man im Trocadero diese häßliche Atmosphäre geschaffen habe. Frankreich könne doch eine solche Frage nicht umgehen und die Regierung habe sie doch in Bezug im Februar zu behandeln.

Ministerpräsident Laval begnügte sich in seiner Antwort damit zu betonen, daß die Regierung nichts dafür könne, wenn heftige Meinungen in Trocadero gegenüberstehen. Man könne im übrigen nicht von einem imperialistischen und kriegerischen Frankreich sprechen, das ein Hindernis für die Abbruchstreichung bilden würde. Laval gab bei dieser Gelegenheit die ausdrückliche Erklärung an, daß die französische Regierung keinen Versuch machen würde, die Abbruchstreichung zu vertragen. „Die Kammer kann beruhigt sein und die Weisheit kann im Lande liegen, daß die Regierung, die sie vertritt, leidenschaftlich den Frieden, aber den Frieden in der Sicherheit will.“ (Großer Applaus in der Mitte.)

Laval bedauerte im übrigen die unglückselige Initiative der Organisatoren der Trocadero-Berufung. Es sei traurig, daß sie die Vertreter aller Länder zu dieser Berufung mit allen den Gefahren, die eine öffentliche Berufung mit sich bringt, eingeladen habe. Er bedauere es, daß so peinliche Zwischenfälle sich in Gegenwart vieler Vertreter ereignet hätten.

## Der Staat seid Ihr!

Ministerpräsident Braun vor Professoren und Studenten

Nach der gestrigen Rundfunk-Rede des Reichsleiters hat Ministerpräsident Braun auf dem Professorenschreiben von dem Reichsleiter an die Universitäten über das Wort genommen. Es war eine aus der Eingebung des Augenblicks entstandene Ansprache in dem Streite abendlicher Republikaner, die sich kämpferisch für den geistigen Bestand des Staates einsetzen wollen. In dieser Öffnungsgemeinschaft und in der Stimmung des Abends, an dem der vereinnahmte Zeiler der Reichspolitik mit unverhüllter Schärfe dem Antritt auf die Republik entgegentritt, fanden auch die Worte des preussischen Ministerpräsidenten härtesten Niederschlag.

Der Staat seid Ihr! — das war das Leitwort seiner Rede, die zu geistiger Gegenwehr aufrief und sich mit allem Nachdruck gegen den Fatalismus wandte, der gerade in der abendlichen Führerschaft sich gelte. Nicht nur an der Regierung ist es, ihre Arbeit einzuleisten, er erklärte er, sondern an jeden Republikaner ergeht die Ruf, für seine Öffnung einzustehen und in ihrem Bekenntnis für sie zu wirken. Dies Braun sprach aus der besten Erkenntnis aller seiner Kampfjahre als preussischer Minister, wenn er feststellte, daß das Volk noch nicht

geleert habe, sich mit dem Staat zu identifizieren und die Demokratie, die ihm in den Schößeln, auch gestiftet für sich zu gewinnen.

„Man darf nach dem Staat und meint die Polizei. Aber man kann eine System, die wie ein fälschliches Gift um sich greift, nicht nur mit Revolutionen bekämpfen. Die Gegenkräfte des gesunden Körpers, die lebendige Staatsgewalt des Volkes, müssen den Anbruch der Staatskraft heilen. Gegen die nationale Agitation, deren lähmender Massenuggestion auch gewisse republikanische Kreise verfallen sind, hilft nur die volle persönliche Einigkeit. Tausend einzelne vermögen mehr als eine ganze Spornpolitik-Berufung, um den republikanischen Geist im Volk zu fester.“

Staus schloß mit den Worten: „Während meiner ganzen Amtszeit, die viele Kämpfe zu überleben hatte, fand es noch nie so trübselig wie in dieser Zeit. Aber gerade deshalb darf man sich nicht vor Illusionen verfallen lassen. Alle, die heute Verantwortung tragen, kennen ihre Pflicht und sie werden den Kopf hochhalten. Aber sie können ihr Werk nur tun, wenn jeder, der sich zum Staat bekennt, auch seine persönliche Verantwortung spürt und sich voller Kraft und Liebesregung dafür befreit.“

## Antonio Salandra gestorben

Fast achtzigjährig ist heute nach in Rom Antonio Salandra, Italiens Ministerpräsident während des Weltkrieges, gestorben.

In Apulien als Sohn einer frommen Familie süditalienischer „Signori“ aufgewachsen, wird Salandra Jurist, kommt durch eine lede Polemik gegen den berühmten Rechtslehrer Bovio bald als Finanzminister auf die politische Bühne und ist mit 33 Jahren Abgeordneter als „Konservativ-Abgeordneter“ der alten italienischen Abgeordnetenversammlung. Er war Finanzminister, Handelsminister und Schatzminister, bis er 1914 als Nachfolger Giolittis das Ministerpräsidentenamt übernahm, das er bis 1919 behielt. Salandra hat Italien als 1914 in die Neutralität, und 1915 in den Krieg gegen die Mittelmächte, seine ehemaligen Bundesgenossen, geführt.

In zwei vielverbreiteten Memoirenbänden „Die italienische Neutralität 1914/15“ und „Privatgespräche“ hat Salandra seine Haltung zu rechtfertigen gesucht. In dem zweiten Band seiner Denkwürdigkeiten steht der historische Nachfolger Salandra an einem frühen Kabinettschef und demaligen Außenminister Ciano: „Für 1915 wollen wir uns wünschen, daß es uns beiden vereint gelingen möge, eine bedeutende Verbesserung unseres Vaterlandes zu erreichen. Gelingt uns das, so werden wir mit großem Stolz, wenn unser Ständchen schallt, das anno domini annehmen können.“

Salandra nahm auch an den Friedensverhandlungen als italienischer Delegierter teil und wurde später Senator.

eine protektionistische Maßnahme barfelle, schwere internationale Misstände haben und zu Repressalien führen könnte. Budgetminister Pietri kündigte trotz der Ablehnung eine generelle Importgebührenerhöhung an, weil neue Gegenstände über Schuttmassnahmen durch die Einfuhr von Petroleum, Brennstoffen und einigen Getreidesorten an.

## Grandi erstattet Bericht

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

ROM, 9. DEZEMBER

Der italienische Außenminister Grandi ist heute, beglückt von den Beförderern, in Stropel gelangt und bald darauf nach Rom zurückgekehrt, wo er kurz nach Mittag eintraf. Auf dem schmalen Bahnhof wurde ihm von verkommenen Fremden eine lebhafteste Ovation bereitet. Grandi begab sich zum Bahnhof sofort nach dem Palazzo Chigi, um Mussolini über seine Reise Bericht zu erstatten.

Während der Eisenbahnfahrt unterhielt sich Grandi mit den ausbleibenden Journalisten, die sich zu seinem Empfang nach Rom begeben hatten und mit ihm in die Hauptstadt zurückkehrten. Zu freundschaftlicher Unterhaltung gab er seine Eindrücke in Amerika wieder, die sich aber hauptsächlich auf das Land selbst beschränkten, das er besucht hatte. Wichtig für die politischen Probleme, die ihm nach Washington geführt hätte, zeigte er sich zurückhaltend, ohne zu verbergen, daß er der weiteren Entwicklung letzten Endes doch mit großem Optimismus entgegengehe.

Auch er erachtete das Ergebnis der kommenden Abbruchstreichung als einen entscheidenden Faktor für die Entwicklung, die die Dinge in Zukunft nehmen würden. Er brühte seine Überzeugung aus, daß die Konferenz nicht umsonst einberufen sein wird. Von einer Beschleunigung des Datums der Konferenz habe er in Amerika nichts gehört. Er glaube auch persönlich nicht daran, daß eine solche Beschleunigung vorgenommen würde. Die Frage, ob er etwas anders wisse, daß Hoover nach Europa kommen könnte, verneinte Grandi. Er war im übrigen des Lobes wert, über die aufbauende Organisation Amerikas, die ihm sehr beeindruckt hätte.

Die alte taktische Regel, daß der im Vorteil ist, der dem Gegner das Gefühl des Handelns widerstreben kann, bedient sich auf diesem, die erste Partie im Kampf um die öffentliche Meinung, die der Regierung mit dem Lieberbräutigam der Stotterordnung einleitete, ist für sie nicht (schlecht) ausgefallen. Auch den Neuerungen über Gegner merkt man es an, daß der Ruf zur Verantwortung und zur Mitschuldlosigkeit, die diese Stotterordnung festschreibt, ihnen imponiert hat. Die öffentliche Meinung, die sich dementsprechend in auffälliger Weise in der „Vossischen Zeitung“ zum Ausdruck, die bei aller Abdringung ihrer grundsätzlichen Opposition diesmal doch Worte der Anerkennung, der „Vossischen“ sogar für den Reichstag, findet, der „Vossischen“ scheinbar eine leise Hoffnung, aber keine Sicherheit dafür, daß diese Stotterordnung den Schlüssel unter die Deckung lege. Er gibt zu, daß der Kanzler „eine ungeschickte Verantwortung“ auf sich geladen habe und verurteilt, in letzter Minute eine „gemäßigtere Binnensicht“ einzuführen. Und er stellt schließlich seine Stellung mit einer für ihn ungewöhnlichen Mühseligkeit folgendermaßen zusammen:

„Über neben der Verantwortung, die Dr. Brüning verfassungsmäßig von dem Reichstag hat und über die auf dem üblichen Wege der Kompromißverhandlungen oder im Falle des Scheiterns werden wird, trägt eine ungeschickte Verantwortung, die sich nicht durch parlamentarische Kompromisse zu gewinnen. Ihr unbedingtes Urteil stellt darauf, ob der, der retten will, auch zu retten weiß. Man muß dem deutschen Volke wünschen, daß nicht auch dieser jüngste Stellungswort an ihm vergeblich bleibe. Wer hoffen, zweifelsfrei hin, vertrauen — von vermehrte das.“

Auch im „Tag“, dem radikaleren Bruder des „Vossischen“, findet man diesmal Worte der Zurückhaltung, was wohl darauf schließen läßt, daß dies übertriebene Soltung der beiden maßgebenden Jugendblätter auf eine Weisung von oben zurückgeht. Auch er konstatiert dem Kanzler, daß er „in tiefstem Ernst das Wagnis der neuen Stotterordnung durchführt“ habe und zweifelt nur daran, ob der Kanzler noch das Vertrauen genieße, das zu seiner Durchführung notwendig sei. Vertrauen lasse sich „nicht konzentrieren und nicht verorten“.

Auch bei den Sozialdemokraten ist der erste Eindruck der Stotterordnung, wie man aus dem „Vorwärts“ deutlich herauslesen kann, ebenfalls nicht bereit, daß die Partei sich zur offenen Opposition gegen die Regierung gezwungen sieht. Der „Vorwärts“ schreibt zwar, daß die wirtschaftlichen und politischen Bestimmungen „einen Sturm des Widerstandes hervorgerufen“ werden, er hält es für schwererwiegend, daß die Sozialdemokratie „nach geeigneten Methoden und Wegen“ sich für die Bedingungen der Stotterordnung auf das Einverständnis der arbeitenden Masse abzumindern und sobald wie möglich ganz aufzugeben.“

Aber er sieht auf der anderen Seite auch, daß der jetzt angelegte Kampf der Regierung Brüning gegen die Nationalsozialisten sehr schnell zu Ende sein wird, wenn eine Mehrheit des Reichstages die Aufhebung der Verordnung verlangt und damit entweder den Sturz der Regierung oder die Auflösung des Reichstages oder beides zugleich bewirkt. Der Kampf gegen den Nationalsozialismus würde dann unter gleich gestiegenen Umständen geführt werden müssen. Ein entzweiendes Ergebnis der Verhandlungen mit dem Ausland und eine Befreiung der Wirtschaft würden dann Dinge sein, die in die allerweiteste Ferne gerückt wären.“

Es handelte sich, so folgt der „Vorwärts“ zusammen, „um Leben und Kraft der sozialistischen Arbeiterbewegung in Deutschland und damit um eine Schlüsselfrage für die Arbeiterbewegung der ganzen Welt.“ Dies zeigt jedenfalls, daß der „Vorwärts“ die Stotterordnung nicht einfach unter unbedingten Gesichtspunkten betrachtet will.

Interessanter hier verlässlicher Soltung der Splitterparteien haben die zunehmenden Äußerungen der Mitte natürlich geringeres Gewicht. Die „Germania“, die sich selbstverständlich hinter den Kanzler stellt, betont, daß die Stotterordnung „einen endgültigen Schlüssel unter die Vergangenheit legen müsse. Eine auch nur teilweise Wiederholung der dramatischen und schmerzhaften Eingriffe ist schließlich unmöglich.“

Rum ist es Sache des Auslandes, aus feiner Schlüsselbewandtheit mit dem deutschen Volk die Konsequenzen zu ziehen. Die außenpolitische Wirkung betont auch die „Deutsche Allgemeine Zeitung“: „Für die Weltöffentlichkeit bildet die neue Stotterordnung eine überaus wertvolle Neudeckung. Der Patient windet sich freilich zunächst einmal in seinem Schmerz. Man muß jetzt abwarten, ob der letzte, allerdings noch einmal heftige Krampf der Regierung Brüning nicht — im Falle, in dem es nicht gelingt in der Sache.“ Das „Rechtliche“ sagt, das besten Teil der Akzent auf die innenpolitische Kampfroutine des Kanzlers: „Brüning hat erkannt und bekennt, wie er die Gefahr des Nationalsozialismus einschätzt; er hat den Trennungsgang gezogen, klar, entschlossen, deutlich.“

Aus den Presse-Äußerungen im Reich ist vor allem die verlegene Haltung des „Vossischen Beobachters“ charakteristisch für den ersten Eindruck der Stotterordnung. Er sagt, das noch ganz erfüllt ist von dem unangenehmsten Seitenstrom Ängsten und seines Gefansten Stotter, spricht nur von einem „vergeblichen Rechtfertigungsversuch des Kanzlers im Schatten der außenpolitischen Aktion der S. D. U. P.“. Aus seiner allgemeinen Rezension ist nur noch die Feststellung bemerkenswert, daß sich die Stotterordnung das „Brüning wieder her!“ in Erfüllung gegangen sei.

Beobachter noch als die Antwort der Presse sind die unmittelbaren Reaktionen aus dem Publikum, die diesmal in der Reichshalle in besonders großer Zahl eingelaufen sind. Der Kanzler hat noch in der Nacht und heute früh zahlreiche briefliche und telegraphische Erklärungen erhalten, in denen immer wieder das betrieblende Gefühl darüber zum Ausdruck kommt, daß sich in der Stotterordnung endlich ein zielbewußter Wille offenbart hat.

## Franszösische Importgebühre nicht erhöht

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

PARIS, 9. DEZEMBER

Die Kammer hat dem Regierungsvorhaben einer Erhöhung der Importgebühre unwirksam votiert. Gegenüber dem Antrag des Ministerpräsidenten Laval, die Importgebühre zu erhöhen, stimmten 325 gegen 261 Stimmen. Die Mehrheit der Abgeordneten verurteilte die Erhöhung der Importgebühre als unzulässig.

# Der Burgfriede in Berlin

## Die Reichshauptstadt im Zeichen der Notverordnung

Das Polizeipräsidium Berlin hat folgende Bekanntmachung herausgegeben:

„Die gestern erlassene Notverordnung verleiht in Teil VIII zur Wahrung des Weichsicherheits bis zum 3. Januar 1932 alle öffentlichen politischen Versammlungen und Aufmärsche. Der Polizeipräsident weißt darauf hin, daß dieses Verbot bereits heute in Kraft tritt und daß danach auch alle angeordneten und genehmigten öffentlichen politischen Versammlungen unter dieses Verbot fallen und heute schon nicht mehr stattfinden dürfen.“

Als Folge dieses Verbots hat das Reichsbanner Schwarz-Rot-Weiß, dessen Bundesvorstand im Laufe des heutigen Tages einen Aufruf zu dem Unionsverbot an seine Mitglieder ergaben. Sie für Donnerstag angekündigte Kundgebung in Sportplatz abgelaßt. Auch alle weiteren öffentlichen Versammlungen des Reichsbanners sind abgelehnt worden. Die Deutsche Staatspartei hat ihre heutige Kundgebung im Verrenhaus ebenfalls abgelaßt. Die Liga für Weichsicherheit führt dagegen ihren für den 11. Dezember im Reichsstadion angelegten wissenschaftlichen Klubabend „Deutschland und Polen — ein Jahr nach dem Tode Ulrich Hauser“ als geschlossene Versammlung durch, der nur Mitglieder und durch Mitglieder eingeführte Gäste Zutritt haben.

Zu dem Unions- und Abzeichenverbot teilt der Polizeipräsident noch mit, daß natürlich in der Praxis eine gewisse Webergangszeit geschaffen werden muß, vor allem mit Rücksicht auf die früheren Straßen, die bei einem Verbot sofort eine Forderung nach Abzeichen beschließen, zumal man glaubt, daß die politischen Organisationen ihre Mitglieder selbst dazu anhalten werden, nicht der Polizei Mißgunst einzubringen zu geben.

Merkwürdig wird auf alle Fälle hätte gefordert werden, daß in den nächsten Tagen alle politischen Abzeichen und Uniformen von

den Straßen verschwinden. Eigentlich betroffen werden von dem Verbot das Reichsbanner und der Schildbau. Die Mitglieder der D. S. P. u. V. denen jedoch auf Grund des politischen Unionsverbotes das Tragen ihrer Uniform verboten war, dürfen jedoch nicht mehr in einer Kleidung erscheinen, die sie durch Uniformität als Mitglieder der Partei kennzeichnen.

Im Polizeipräsidium werden in diesen Tagen Befragungen über gewisse Einschärfungen in der Ausstellung von Aufhängeschlüssen stattfinden. Die Polizei hatte schon über den letzten Notverordnung sehr förgfältige Verfügungen in jedem einzelnen Falle angelegt und nur diejenigen Fälle befreit, in denen die unabdingbare Notwendigkeit der Weichsicherheit nachgewiesen werden konnte. Trotzdem ist in einzelnen Berliner Polizeikommissariaten die Zahl der Anträge auf Aufhängeschlüssel gegenüber dem Vorjahre um 50 Prozent gestiegen; ein großer Teil der Anträge ist allerdings abgewiesen worden.

### Weihnachtsgeschäft darf nicht stocken

Die Hauptgemeindefisch des Einzelhandels teilt uns mit: „Die Notverordnung bringt neben erheblichen, teilweise aber erst in einer Zeit wirksam werden können Vorkäufen — kaum geringer, aber sofort wirksam. Vorkaufverordnungen für kaum geringer, aber sofort wirksam. Vorkaufverordnungen für kaum geringer, aber sofort wirksam. Vorkaufverordnungen für kaum geringer, aber sofort wirksam.“

Die Erfüllung und Förderung wichtiger Warengruppen wird an stellen gefordert, wenn der Verbraucher jetzt die besonders günstige Preislage des Weihnachtsgeschäftes wahrnimmt und sich nicht übertriebene Erwartungen hingibt, die nachher enttäuscht werden können. Die Bevölkerung schädigt sich durch Kaufverweigerung selbst, denn Kaufverweigerung verursacht neben sonstigen Unfallschließungen noch Lagerkosten und Mißtrau der Wirtschaft. Sie hindert somit die gewünschte Preisentlastung und führt zu einem „Angehäuertem“ von Geld, das unserer Wirtschaft und dem Arbeitsmarkt die nötige Hilfe schneller durch Förderung des Warenverkehrs bringt, als wenn es im Stumpfle liegt.“

Neuen Grillstränge 20 verläßt. Hier fielen den Eltern für mehrere tausend Mark wertvolle Pelze aller Art in die Hände. — Von einem lehrreichen Vorkauf im ersten Gulden werden der Obersteife 45a aus Branten Cindricher in des darunter liegende Sportgeschäft von Striebel und Hoflein dort Sportgeräte, Kleidungsstücke und Fotoapparate im Werte von mehreren tausend Mark.

### Spionage-Verhaftungen in der Grenzmark

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

ZÜLLICHAU, 9. DEZEMBER

Am 8. Dezember wurde eine große Spionageaffäre aufgedeckt. Auf dem lehrreichen Vorkauf im ersten Gulden werden der Obersteife 45a aus Branten Cindricher in des darunter liegende Sportgeschäft von Striebel und Hoflein dort Sportgeräte, Kleidungsstücke und Fotoapparate im Werte von mehreren tausend Mark.

Die Verhafteten werden beschuldigt, ausfallen des politischen Staates seit langen Spionage betrieben zu haben. Sie unterhielten feste Verbindungen zu Angehörigen der polnischen Minderheit, in der die größten Heftigkeit und Strenge, im Heftigkeit (Danzwart) mehrere. Diese beiden Orte gehören zu den größten Minderheitsstädten der Provinz Grenzmark. Die Vernehmungen ergaben immer weitere Verbindlichkeiten, so daß der zur polnischen Minderheit gehörige Landwirt Theodor Spira selbst aus Danzwa, als „Polenfreund“ in der dortigen Gefangenschaft, ebenfalls festgenommen wurde. Mit ihm wurden sechs andere Personen verhaftet.

Ihrer das Ergebnis der Ermittlungen, über das häufig der Dreizehnmal untersucht wird, wird nach Zuge der Sache strenges Stillschweigen bewahrt.

### Falsch verkaufene Kameradschaft

Eine Kundgebung von Polizei-Offizieren

Die Bereinigung der Polizeioffiziere Preußens nimmt in einer betont lauten Erklärung auf der Maßregelung des Polizeimajors Ernst Stilling. Dem Berliner Polizeipräsidenten und dem Preussischen Minister des Innern wird vorgeworfen, daß die Maßnahmen gegen Vermit ohne gründliche Untersuchung erfolgt und auch sachlich unberechtigt seien. Das Vertrauen der in der Bereinigung aufgenommenen Polizeioffiziere in die rein rechtliche Handlungswelt des Ministers lie folge der Art der Behandlung des Falles Vermit in Gefahr, zurückzugehen. Stattdessen würden die Polizeioffiziere sich, durch keine noch so lauten persönlichen Redaktionen, aber durch unangenehme und unangenehmliche Ausführung der Befehle abbringen lassen dürfen und sie würden sich dabei einig mit der Waffe der Polizeiaufrechter.

# Schofformörder zum Tode verurteilt

Gemäß dem Antrag des Staatsanwalts

Der 23jährige Händler Johannes Rabelitz, der in der Nacht vom 24. zum 25. Januar auf der Chaussee bei Forch den Droschkenschaffier Pankel erschossen hat, wurde vom Potsdamer Schwurgericht zum Tode und zum dauernden Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte verurteilt.

Au Beginn der heutigen Verhandlung gab zunächst Oberstaatsanwalt Tzellaff eine Darstellung des Tatbestandes und legte noch einmal alle Schuldbelege gegen den Angeklagten zusammen. Er kam zu dem Ergebnis, daß Rabelitz die Tat allein und unter voller Verantwortlichkeit verübt hat, was eine Ausnahme bildet, weil Rabelitz sich durch seine Verbrechen über eine Familie gebracht hat, die er den Verdächtigten raubte. Deshalb beantragte er die Todesstrafe auszusprechen, außerdem die Ehrenrechte für die Lebensdauer abzugreifen.

Der Angeklagte Rabelitz schied die Schwere dieses Antrages außer acht zu begreifen. „Es dauert eine geraume Zeit, dann flüchtet er seinem Verteidiger etwas zu. Dieser antwortet, und dann flüchtet Rabelitz zusammen und schließlich während des ganzen nun folgenden Vorschlags des Verteidigers.“

Als dem Angeklagten jetzt die letzte Wort gefordert werden soll, erklärt er, nicht in der Lage zu sein, zu sprechen. Er bittet um eine kurze Pause. Als er wieder herbeigeführt wird, fragt ihn der Vorsitzende, ob er sich erholt habe und, nachdem Rabelitz bejaht hat, wird ihm das letzte Wort gegeben. Er sagt: „Ich habe ein schweres Verbrechen begangen, aber ich habe das Verbrechen nicht mit Überlegung angefertigt. Ich bin ein unglücklicher Mensch, ich war in meiner Ehe nicht glücklich, ich habe auch sonst viel Unglück gehabt. Ich weiß, daß ich einer Familie den Vater gebracht habe, aber ich bitte das Gericht, im Urteil anzuerkennen, daß ich ohne Überlegung gehandelt habe.“

„Verteidiger: „Angeklagter, haben Sie noch immer dabei, daß der Verurte hat Tat an dem Mann?“

„Die Frage hatte der Angeklagte bestimmt nicht erwartet, Er ist sehr unruhig und antwortet schließlich: „Jawohl! Ich bleibe dabei.“

Das Schwurgericht zieht sich zur Beratung zurück.

### Sensation in zwölfter Stunde

Nach zweifelhafte Beratung erscheint das Gericht wieder im Schwurgerichtssaal. Der Vorsitzende erklärt: „Es wird noch einmal in die Verhandlung einbezogen. Das Berliner Polizeipräsident als angeblicher Mörder in Frage kommen könnte. Dieser Werner hat in einem Ort bei Halle einen Überfall auf einen Droschkenschaffier verübt. Die Berliner Kriminalpolizei hat den Werner hierbei gefaßt und er ist jetzt verurteilt.“

Es scheint als zeuge der Arbeitssache Werner, Werner, der jetzt in Appell wird. Der Vorsitzende fragt den Zeugen: „Kennen Sie den Angeklagten?“

Zeuge Werner: „Nein!“

Vorsitzender: „Angeklagter, kennen Sie den Zeugen?“

Angeklagter: „Nein!“

Vorsitzender: „Ist das der Mann, mit dem Sie im Wagen gefahren sind?“

Angeklagter: „Nein, das ist er nicht!“

Der Beteiligte fragt den Zeugen, ob er sich entsinnt, wo er am 24. Januar d. J. gemeldet ist. Der Zeuge kann darüber keine Auskunft zur Zeit abgeben.

Der Zeuge wird wiederigt und das Gericht zieht sich wieder zurück zur Urteilsberatung.

### Selbstmord oder Verbrechen?

Rätselhafter Tod eines Gutsbesitzers

Die Staatsanwaltschaft beim Landgericht II beschäftigt sich zur Zeit mit der Aufklärung eines rätselhaften Todesfalls. Am Sonntagabend wurde in einer Pension in der Martin-Luther-Straße der 53jährige frühere Rittergutsbesitzer von Ostfriesland am Genickstrich tot aufgefunden. Nachdem die Staatsanwaltschaft die Leiche bereits zur Obduktion freigegeben hatte, wurde dem Verdacht Ausdruck gegeben, daß von Ostfriesland ein Verbrechen zum Opfer gefallen sei. Die Staatsanwaltschaft hat daher heute die gerichtliche Obduktion der Leiche angeordnet.

Von Ostfriesland hatte vor 13 Jahren ein 17jähriges Mädchen kennen gelernt, zu dem er noch den polizeilichen Feststellungen in ein Verhältnis eingetreten ist. Er ist mit seiner Familie getrennt und hat ein fremdes offenbar kein gelantes Vermögen beigegeben. So hatte er ihr hinterhandern ein Geschäft, ein Restaurant, ein Landhaus und schließlich die Pension in der Martin-Luther-Straße, wo er den Tod fand, eingerichtet. Kurz vor seinem Tode ließ er Selbstmordversuchen geübt haben.

Die erwachsenen Söhne von Ostfriesland haben jetzt die Behauptung aufgestellt, ihr Vater lie nicht durch eigene Hand getötet. Die Untersuchung der Verdie durch den Geschworenengerichtstand voranführt hat außer den Stenogrammmerkmalen am Hals keine weiteren äußeren Befunde festgestellt. Um zu klären, ob der Tod etwa durch Vergiftung verursacht worden ist, wurde die Obduktion angeordnet.

### Berzweigungstakt einer Familie

Seine vorzeitig wurde in keiner Wohnung, im Hause Belle-Alliance-Straße 70, der 61 Jahre alte Aigentümerhändler Friedrich Feine, dessen jüngster Sohn Otto und sein 3 Jahre alter Sohn Martin mit G. verzögert tot aufgefunden. Wirtschaftliche Schwierigkeiten haben das Ehepaar zu dem furchtbaren Schritt getrieben.

Auf dem Tisch des Schlafzimmers, in dem die Toten gefunden wurden, lag eine Zettel, die die Mutter des jüngsten Angeklagten des Familienrats trug. Auf dem Zettel lagen ferner drei Aufhängeschlüssel, die von dem Ehepaar verwendet waren und in denen sie die Gründe für ihre Tat dargelegt haben.

### Einbruch ins Ständesamt Britz. Heute nicht verhaftete

Seine vorzeitig wurde in keiner Wohnung, im Hause Belle-Alliance-Straße 70, der 61 Jahre alte Aigentümerhändler Friedrich Feine, dessen jüngster Sohn Otto und sein 3 Jahre alter Sohn Martin mit G. verzögert tot aufgefunden. Wirtschaftliche Schwierigkeiten haben das Ehepaar zu dem furchtbaren Schritt getrieben.

So verständlich und sympathisch ein Eintreten der Polizeioffiziere für ihre gemäßigten Kameraden ist, so deutlich wird gefaßt werden, es ist sich hier eine falsch verkaufte Kameradschaft handelt. Im Fall des Majors Vermit lag die unenterrbare Mäßigkeit vor, Anweisungen des Ministeriums zu durchsetzen und den Geist von Polizeioffizieren im Gegenteil zu verstehen. Die persönliche politische Einstellung Vermit ist in diesen Zusammenhängen ohne Interesse. Einem Polizeioffizier, der sich jedoch durch seine politische Überzeugung in seiner beruflichen Tätigkeit betraut beeinflussen läßt, wie es Major Vermit mehrfach getan hat, mußte gezeigt werden, daß der Staat nicht willens ist, die seine Praxis stillschweigend hinzunehmen. Daher ist die scharfe Erklärung der Polizeioffiziere-Bereinigung auch sachlich begründet und ist, zumal sie verurteilt, einen Teil in der Minderheitspflicht zu erklären, im Interesse der Polizeioffiziere selbst besser unterbreiten.

### Wahre Künstlerliebe

20 erweckliche Schauspielers und Schauspielerinnen haben ihre vor Weihnachten einen unerwarteten Besuch empfunden. Sie veranlassen in einem Barenhaus am Hermannplatz eine große Weihnachtsfeier, die prominenten Kollegen und Kolleginnen von A bis W (von Zeitschriften bis Musik) bester Vater dabei, indem sie mit 10 Familienmitglieder, aber der Bruder der Waise hat Gelegenheiten seinen „Dank“ zu sprechen und sich als bester Gewinner beifügen eigenartigen Nennung gegeben zu lassen. Die Waise enthält eine Reihe Verfassungen, die die Künstler verschiedene Reize verurteilt, die zur Vermeidung von Publikum befördert bevorzug werden. Um vor Überflutung zu schützen, wird fünf Eintrittsgeld ein Guthaben gegen einen Betrag von 1 Mark ausgegeben, der zum Eintritt in die Ausstellung berechtigt, und auch im ganzen Saale in Zahlung genommen wird. Ein Besondere Teil des Ertrages der Weihnachtsfeier fließt direkt Künstlerhilfe zu.

### Urakel vor Berliner Richtern.

Der Ruffe Michael Urakel, der vor einigen Monaten vom Dresdener Schöffengericht auf einer Gefängnisstrafe von 2½ Jahren verurteilt worden war, wird sich zu Beginn des nächsten Jahres auch in Mähls zu verurteilen haben. Urakel ist Urakel wegen seiner Betrugsmanöver an der Raffinerien-Bank angelegt. Auf der Angeklagten wird neben Urakel selbst auch im Dresdener Prozeß der Rechtsanwalt Dr. Walter Ziegler ermitteln, der Urakel bei seinen Schmeicheleinrichtungen unterstützt haben soll.

### Personalien.

Guldas Reimann vollendet am 9. Dezember ein neunzigtes Lebensjahr. Guldas Reimann ist der Vater des Gründers und Inhabers der bekannten Rummel- und Rummelgerüstschule in Potsdam.

Weitere Lokalanmeldungen siehe Unterhaltungsbeilage 4. Seite

Hierzu zwei Beilagen

Verantwortlich für die Anzeigen: Willy Sauer, Berlin Die Vossische Zeitung erscheint als Morgen- und Abendblatt fünfmal wöchentlich — Für Rücksendung unvollständiger Porto beifügen

VERLAG UND DRUCK: ULLSTEIN A. G., BERLIN















